

Dienstag, 10. März 2020

WIRTSCHAFT

Freie Presse 7

NACHRICHTEN

RECYCLINGBRANCHE

Pyral produziert wieder

MITTWEIDA – Auf dem Gelände der Firma Pyral in Mittweida wird nach mehr als einem Monat Zwangspause wieder produziert. Am Montag hat das Recyclingunternehmen nach eigenen Angaben die Arbeit wieder aufgenommen. Laut Firmensprecher Stephan Truschler hatte es am Freitag einen Visum-Termin mit dem Landratsamt auf dem Betriebsgelände gegeben. Im Anschluss habe die Behörde die Stilllegungserlaubnis für den Betrieb ausgeteilt. Pyral habe alle Auflagen zur Wiedereinbetriebnahme abgearbeitet, so Truschler. Dabei sei es im Wesentlichen um Fragen des Brandschutzes gegangen. Ein Sprecher des Landratsamts Mittweidas bestätigte auf Nachfrage der „Freien Presse“, dass „die in unserer Anordnung enthaltenen Forderungen für die Inbetriebnahme erfüllt“ seien. [\[6\]](#)

737 MAX Boeing muss Kabelproblem lösen

WASHINGTON/LADDIS ABERA – Der angesehene US-Flugzeugbauer Boeing steht bei seinem nach zwei Abstürzen mit Startverboten belegten Kriesjet 737 Max vor einer neuen Baustelle. Es sei nämlich ein Problem mit der Verkabelung festgestellt worden, teilte die US-Luftfahrtbehörde FAA mit. Der Hersteller müsse dafür sorgen, dass alle Zertifizierungsanforderungen erfüllt werden. Das Flugzeug werde erst wieder für den Betrieb zugelassen, wenn die FAA davon überzeugt sei, dass alle sicherheitsrelevanten Probleme behoben sind. Boeing teilte mit, dass die Unternehmen davon ausgehe, dass die 737 Max unabhängig von dieser Angelegenheit Mitte des Jahres wieder abheben dürfe. [\[6\]](#)

AUTOMOBILBAU MAN will massiv Stellen abbauen

MÜNCHEN – Der Lastwagenbauer MAN plant einen massiven Stellenabbau. Bei der Konzernstruktur besteht „eine klar Hauptgefahr“, sagte Vorstandschef Joachim Drees am Montag. MAN müsse seine Profitabilität deutlich steigern, um die sehr hohen Investitionen für den Konzernneubau stemmen zu können. „Dazu dürfte auch ein signifikanter Stellenabbau, vor allem in den indirekten Bereichen, notwendig werden.“ [\[6\]](#)

TELEFONTARIFE

Telefonieren Call by Call Übersicht über günstigste Telefonanbieter (Gebühren in Cent/Min, inkl. MwSt.) aus dem Festnetz der Deut. Telekom.

Nationale Festnetzgespräche				
Net	Anbieter	Preis	Vorwahl	
0-7	Spezial	0,1	00008	
	00000Telecom	0,52	00000	
	00008	1,39	00008	
7-24	00008	1,84	00008	
	00002	1,84	00002	
Sonntags, Feiertage	00-24	00008	1,46	00008
	00002	1,46	00002	

Ortsnetzgespräche				
Net	Anbieter	Preis	Vorwahl	
Sonntags bis Freitag	Spezial	1,66	00008	
	00008	1,84	00009	
	00002	0,90	00002	
Sonntags, Feiertage	00-24	00008	1,49	00009
	00002	1,80	00002	

zu den Mobiltelefonen				
Net	Anbieter	Preis	Vorwahl	
00-24	00002	1,80	00002	
	00008	2,80	00008	

Alle mit einem Sternchen (*) gekennzeichneten Anbieter sind Mobilfunkanbieter. Bei diesen kann es wegen Abrechnungsfragen zu kleinen Preisschwankungen kommen. Aktuelle Preise im Internet auch als Hilfe für den Kundenwahl. Alle Angaben sind ohne Gewähr. © 2019 Telekom Deutschland GmbH. Alle Angaben sind ohne Gewähr.

Rentner wehren sich gegen Kassenbeiträge auf ihr Erspartes

Millionen Rentner fühlen sich betrogen. Denn bei Auszahlung ihrer Direktversicherung geht rund ein Fünftel für Kassenbeiträge ab, obwohl davon bei Vertragsabschluss keine Rede war. Zwar werden sie jetzt etwas entlastet. Das reicht ihnen aber nicht.

VON JÜRGEN BECKER

CHEMNITZ – Reiner Korth ist verärgert. Der IT-Ingenieur aus dem Erzgebirge hatte fünf Jahre vor seinem Tod seinen Chef gebeten, ihn zu versichern. Die Versicherungsprämien wurden von seinem Gehalt einbehalten und an den Versicherer überwiesen. Mit 62 war die Kapitallebensversicherung dann fällig. Darauf muss Korth nun den vollen Betrag an die Krank- und Pflegeversicherung abführen – also den Arbeitnehmer- und den Arbeitgeberanteil. Rund 20 Prozent des Ersparnisses sind dadurch weg. „Und das, obwohl ich diese Kassenbeiträge auf die Versicherungsprämien schon einmal in der Anwartschaftsphase gezahlt habe“, sagt der heute 82-Jährige. Experten nennen das Doppelverbotung.

So wie Korth geht es Tausenden. Auch für viele Sachsen kommt die nachträgliche Zahlungsauflage der Sozialkassen überraschend. Denn über den nachträglichen Eingriff in ihre Verträge durch das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen „Krankenkassen“, das 2004 in Kraft trat, hatte sie niemand informiert. Die mit grüner Bundesregierung kam diese Gesetzesänderung damals mit Zustimmung der CDU beschlossen, um die kleinen Krankenkassen zu sanieren. Aus Lebensversicherern, deren Policen über Arbeitsgeber liefen, wurden dadurch quasi über Nacht Betriebsrentner – und zwar sogar rückwärts für schon vorher abgeschlossene Verträge.

Bei vielen Betroffenen hat der Arbeitgeber zwar zumindest einen Anteil an der Prämienzahlung übernommen – manchmal sogar die komplette. Oder die Überweisung an den Lebensversicherer ging weitgehend vom Bruttoeinkommen ab. Doch vorher war die Einmalzahlung der Direktversicherung grundsätzlich sozialabgabenfrei. Für Betriebsrenten galt nur der halbe Beitragsatz. Damit hatte der Staat sogar für diese Altersvorsorge gesorgt. Durch die Gesetzesänderung müssen nun aber 6,5 Millionen Deutsche mit acht Millionen Verträgen mit den vollen Abgaben rechnen. „Denn es geht zumindest der Verein der Direktversicherungsgesellschaften.



Bleibt er auch der Chemiker Werner Partschfeld bei aus allen Wahlen, als ihn der Beitragsbescheid der Krankenkasse erreichte.



„Die Politiker glauben vielleicht, wir seien alt und würden uns nicht weiter wehren, aber wir werden weiter kämpfen.“

Auch Jürgen Heilmann aus Wildbrunn gehört zu denen, die nicht klein beigeben werden. „Wir sind betrogen worden“, sagt der über 70-jährige Sprecher der sächsischen

DVG-Gruppe. Das hat es dreimal getroffen, weil er als Selbstständiger für sich gleich drei Policen abgeschlossen hatte, die er nie in den neuen Bundesländern schon Anfang der 90er Jahre. Heute ärgert sich der Rentner, dass er freiwillig an Solidarität in der gesetzlichen Krankenversicherung gebunden ist. Denn Privatversicherte trifft das GKV-Gesundheitsmodernisierungsgesetz aus dem Jahr 2004 nicht. Sie müssen keine Kassenbeiträge auf ihre ausbezahlte Direktversicherung abführen.

Am Anfang hatten die Rentner noch viele Briefe geschickt. Inzwischen haben sie vor allem das direkte Gespräch. Bundesvorsitzender Hubertus Heil von der SPD habe auf eine DVG-Einschuldung allerdings zurechnen lassen, alle Argumente seien bereits ausgetauscht, berichtet DVG-Vize Korth. „Auf die zweite Antwort von der CDU-Parteivorsitzenden Angelika Kamp-Korbmayer warten wir noch heute“, sagt auch Heilmann – und weist mit bitterem Unterton auf einen CDU-Parteitagbeschluss aus dem Jahr 2016. Darin fordert die CDU eine Reform der Sozialabgaben. „Es soll künftig sichergestellt werden, dass Arbeitnehmer und Selbstständige die Einkommensanforderung nur einmal abrechnen müssen, nicht doppelt belastet werden“, heißt es in dem Papier wörtlich. „Dieser Beschluss ist aber bis heute nicht umgesetzt worden, obwohl die Parteivorsitzende immer wieder betont, dass Parteitagbeschlüsse für sie bindend sind.“ Gelächert im Saal. „Der Vertrag ist gültig, kann nicht mehr gewählt werden.“ Die Rentner klatschen.

Zwar hatte der Bundesrat die Bundesregierung schon einmal aufgefordert, zu prüfen, ob die Krankenkassenbeiträge in der Auszahlungsphase halbiert werden können. Das ging auf eine Initiative Bayern zurück. Beschlüsse wurden letztlich aber lediglich die Einführung eines Freibetrags. CDU und SPD boikottierten.

Der Chemiker Reiner Werner Partschfeld, Sprecher der DVG-Regionalgruppe Süd Sachsen/Chemnitz, will das nicht hinnehmen. Er versucht jetzt parteiübergreifend Landespriester dafür zu gewinnen, gemeinsam Lösungsansätze zu entwickeln, die an den Bundestag weitergegeben werden sollen. Über die sächsische Landesregierung wollen die Betroffenen zusätzlich Druck machen. Die sächsische Landtagsabgeordnete Hanka Klöse (SPD) spricht von „Unrecht, das den Betroffenen objektiv widerfährt“, und will diese Initiative unterstützen. Die Linke will zudem im Landtag einen Antrag einreichen, mit dem der Ministerpräsident aufgefordert werden soll, sich im Bundesrat für eine Halbierung der Beiträge einzusetzen. „Dieser Antrag enthält zumindest eine Debatte“, sagt Linke-Landtagsabgeordnete Sonja Schaper. „Vielleicht hilft das ja.“

Payback will Textilbranche als Partner gewinnen

Rabattprogramme nutzen die Neigung zur Schnäppchenjagd und sammeln fleißig Kundendaten gegen Preisschlass. Payback wird nun 20 – und hat ehrgeizige Pläne.

VON CARSTEN HOFFER

MÜNCHEN – Das Bonussystem Payback will weitere große Branchen als Partner gewinnen und nach chinesischen Mustern möglichst viele Services rund um den Einkauf in die eigene App integrieren. Payback-Karte und Coupons gibt es weiter,

aber der Schwerpunkt ist inzwischen elektronisch. „Wir sind voll fokussiert auf das mobile Payback“, sagt Geschäftsführer Bernhard Brugg.

Seit der Gründung am 13. März 2000 ist eine Vielzahl von Konkurrenten hinzugekommen, aber Payback ist mit 31 Millionen Kunden nach wie vor größtes Rabattprogramm in Deutschland. Die konkurrierende Deutschlandcard befreit ihre Kundenzahl auf 20 Millionen. „Wir wachsen immer noch mit rund 100.000 und 100.000 Kunden pro Jahr“, sagt Brugg.

Im Jargon der Marketing-Strategen heißen Bonussysteme wie Payback „Loyalty-Programme“. Gegen kleine Preisnachlässe erhalten die Unternehmen eine Vielzahl von Da-

ten. Die Kunden legen offen, was, wann, wo und wie oft sie etwas kaufen. Das wiederum ermöglicht den Unternehmen, ihre Kunden zielgenau mit Werbung anzusprechen und somit die Umsätze zu erhöhen. Und das ist der Grund, warum Verbraucher- und Datenschützer Rabattprogramme misstrauisch betrachten. Payback legt Wert darauf, dass das Unternehmen keinen Adresshandel betreibt und keine Daten an Dritte weiterverkauft.

Payback will laut Brugg weiter die digitalen Geschäfte stark ausbauen und kontinuierlich neue Partner hinzugewinnen. „Es gibt ein paar Branchen, die wir gerne noch gewinnen wollen, weil sie interessant sind für unsere Kunden: etwa der Textilbereich. Schuhe insbesondere,

der Do-it-yourself- und auch der Elektromobilität.“ Derzeit sind 35 Einzelhändler und Dienstleister sowie 150 Online-Händler angeschlossen. Im März soll der Energieminister ein als neuer Partner hinzukommen. Allerdings ist Ende 2019 Karlfhof aussteigen. Laut Brugg liegt Payback mit seiner App auf Platz drei der Shopping-Apps in Deutschland, nach Amazon und eBay.

„In unserer App binden wir vor allem drei Dinge: die digitale Karte zum Punktesammeln, Partnerangebote und unser mobiles Zahlungssystem Payback Pay, das größte in Deutschland“, sagt Brugg. Seit Kurzem kann die App ihre Nutzer auch ortsnah. „Die Oberfläche der App ändert sich je nach Partner, immer da, wo der Kunde sich befindet, be-

50 Hertz leitet zu 60 Prozent Öko-Strom durch

Netzbetreiber: Verbrauch wird bis zum Jahr 2030 moderat steigen

BERLIN – Der Chef des ostdeutschen Übertragungsnetzbetreibers 50 Hertz, Stefan Kapferer, geht im Jahr 2030 von einem moderaten Anstieg des Stromverbrauchs im eigenen Gebiet aus. Der Verbrauch war im vergangenen Jahr leicht gesunken und lag 2019 bei insgesamt rund 99 Terawattstunden (TWh). Bis 2030 werde der Verbrauch voraussichtlich auf rund 103 TWh steigen, teilte das Unternehmen am Montag bei der Präsentation der Jahreszahlen in Berlin mit. „Da sind aber natürlich Unsicherheiten drin“, sagte Kapferer. So könne etwa die Tesla-Arbeit in Brandenburg einen nennenswerten Anstieg des Verbrauchs bedeuten. „Da gibt es Endausbauvarianten, das Tesla ist etwa den Stromverbrauch der Stadt Leipzig hat.“

Der Anteil der erneuerbaren Energien stieg 2019 laut Kapferer in Ostdeutschland von 51 auf rund 60 Prozent. In den westdeutschen und deutschen Ländern liegt der Anteil traditionell deutlich höher als im bundesweiten Durchschnitt. Insbesondere für die Entwicklung des künftigen Stromverbrauchs im gesamten Bundesgebiet sei die Frage, „wie viel des zukünftigen Dekarbonisierungspotenzials in großen Unternehmen erfolgt über die direkte Verwendung von erneuerbarem Strom und wie viel erfolgt möglicherweise über die Verwendung von Wasserstoff“, sagte Kapferer. Um Industriebranche langfristig klimaneutral zu gestalten, müssen diese auf Wasserstoff umgestellt werden, was einen enormen Strombedarf zur Folge hat. Die Frage ist, ob dieser in Deutschland produziert oder importiert wird. [\[6\]](#)

ERMITTLUNGEN

Marine-Mitarbeiter unter Verdacht

WILHELMSHAFEN/ROSTOCK – Die Staatsanwaltschaft Ostvorpommern ermittelt wegen des Verdachts der Bestechlichkeit und Vortäuschung gegen Bedienstete der Wehrtechnischen Dienststelle in Eckernförde. Der Anfangsverdacht gründe auf Durchsuchungsgutachten der Elbflether Werft AG, die Ermittlungen stünden aber nicht unmittelbar im Zusammenhang mit dem Segelschiff „Gorch Rock“, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. Gegen wie viele Mitarbeiter ermittelt wird, sagte er nicht. Die Elbflether Werft AG hatte den Auftrag, das Segelschiff der Marine zu sanieren. Allerdings ging die Werft im Februar 2019 in Insolvenz. Ihre zwei Vorstände hatten Millionen Euro in zweifelhafte Nebengeschäfte gesteckt. Gegen sie wird ermittelt. [\[6\]](#)

„kann er die relevanten Informationen“, sagt Brugg. Laut Unternehmen gibt es in Deutschland knapp 10 Millionen aktive App-Nutzer.

Als technisch führend gelten in der Bezahlbranche die chinesischen Apps Wechat und Alipay, die weit mehr können als bezahlen: Laut chinesischer Tourist über den chinesischen Videomarktplatz, wird ihm nicht nur angezeigt, wo er in der Nähe mobil bezahlen kann und welche Sonderangebote es bei welchen Händlern gibt, sondern auch die Speisekarte teilnehmender Restaurants samt Empfehlungen anderer Nutzer. „Von der Grundidee, möglichst viele Services zu vereinen, ist das die Richtung, die wir auch einschlagen wollen“, sagt Brugg. [\[6\]](#)